

Ost-Ausschuss Informationen 2/2022

50

Deutsche Unternehmen unterstützen die ukrainische Wirtschaft

53

Lasten von Krieg und Sanktionen gemeinsam schultern

54

Ost-Ausschuss-Treffen mit dem aserbaidschanischen Energie-Minister

55

Ost-Ausschuss in Kürze

Deutsche Unternehmen unterstützen die ukrainische Wirtschaft

Die wichtigsten deutschen Unternehmen in der Ukraine halten trotz des Krieges ihre Produktion aufrecht. Dies ist das ermutigende Ergebnis einer aktuellen Abfrage des Ost-Ausschusses, an der sich Ende März 35 in der Ukraine aktive Unternehmen beteiligten.

Dabei sind die Kämpfe der vergangenen Wochen auch an den Unternehmen nicht spurlos vorübergegangen: Über zwei Drittel waren insbesondere in den ersten Kriegstagen von Produktionsausfällen betroffen, gut 40 Prozent haben bereits Vermögensschäden erlitten. Liquiditätsengpässe und die Aufrechterhaltung von Logistikketten unter anderem auf Grund fehlender Fahrer und Fahrzeuge sowie von Problemen mit der Versicherung stellen eine tägliche Herausforderung dar.

„Unter schwierigsten Umständen versuchen die deutschen Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Ukraine alles, um die Produktion aufrechtzuerhalten. Diesem Mut und Durchhaltewillen zollen wir allergrößten Respekt“, sagt der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes. Insgesamt würden in den Unternehmen je nach Branche weiterhin zwischen 60 und 70 Prozent des Produktionsniveaus der Vorkriegszeit erreicht. „Dieser Einsatz ist für die Ukraine ganz wichtig“, sagt Hermes. „Nur funktionierende Unternehmen können Steuern und Löhne bezahlen und die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten.“

Besondere Anstrengungen gelten der Agrarproduktion in der Ukraine, um die Bevölkerung weiter zu versorgen und auch von der Ukraine abhängige Länder zu beliefern. In dieser Hinsicht begrüßt die German Agribusiness Alliance beim Ost-Ausschuss die Ankündigung von EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski, „grüne Korridore“ zwischen Polen und der Ukraine mit dem Ziel einzurichten, Saatgut und andere Betriebsmittel so einfach wie möglich in die Ukraine und dort produzierte Agrargüter wiederum in die EU transportieren zu können. „Die ukrainischen Agrarunternehmen tun gerade alles dafür, um die Frühjahrssaat so weit möglich sicherzustellen. Dafür brauchen Landwirte und Unternehmen Diesel, Landtechnik, Saatgut und Düngemittel. Diese Versorgung muss sichergestellt werden“, sagt Dirk Stratmann, Ländersprecher Ukraine der German Agribusiness Alliance beim Ost-Ausschuss.



Finanzielle Engpässe abfedern

Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, dass auch Instrumente der Außenhandelsfinanzierung wie die Bundesbürgschaften („Hermesdeckungen“) weiter funktionieren. Die gute Nachricht: Bisher berichten nur zwölf Prozent der befragten Unternehmen von Schwierigkeiten. „Die Bundesregierung sollte diese gute Deckungspraxis beibehalten und trotz aller Risiken schnell und großzügig entscheiden“, fordert Oliver Hermes. Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende plädiert darüber hinaus für mehr Unterstützung. „Die meisten Unternehmen wollen weiter in der Ukraine arbeiten“, sagt Hermes. „Um dies zu ermöglichen, schlagen wir der Bundesregierung vor, auch Vermögensschäden und Liquiditätsengpässe infolge des Krieges über Kredit- oder Garantieinstrumente des Bundes abzufedern.“ Auf diese Weise könne sichergestellt werden, dass Unternehmen auch während der Kriegszeit im Land aktiv seien und weiterproduzierten.

Wiederaufbau als gemeinsame Aufgabe

Die EU hatte vor wenigen Tagen einen Solidaritätsfonds für die Ukraine beschlossen. „Die deutsche Wirtschaft steht bereit, sich für den Wiederaufbau der Ukraine zu engagieren und gleichzeitig die wirtschaftliche Annäherung an die EU zu begleiten“, betont der Ost-Ausschuss-Vorsitzende. Eine weitere Integration der Ukraine

in den EU-Binnenmarkt sei ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Erholung nach dem Krieg. Dass dieser Prozess nicht in Wochen, sondern erst in Jahren abgeschlossen sein werde und auch schmerzhaft Anpassungsleistungen erforderlich mache, müsse man den Ukrainern klar sagen. „Entscheidend ist es, dem Land eine klare Perspektive für einen zukünftigen EU-Beitritt zu geben“, so Hermes. „Das ist ein starker Reformmotor“.

Von Vorteil sei, dass die Ukraine bereits über das EU-Assoziierungsabkommen mit dem EU-Binnenmarkt verbunden sei. Mitte März war das ukrainische erfolgreich mit dem europäischen Stromnetz verbunden worden. In vielen Branchen, etwa in der Landwirtschaft, der Automobilindustrie und im Energiesektor seien deutsche Unternehmen schon seit Langem erfolgreich tätig. „Ich bin davon überzeugt, dass die Ukraine als zweitgrößtes Flächenland in Osteuropa rasant an Bedeutung für die deutsche Wirtschaft gewinnen wird“, sagt Hermes.

Vielfältige Hilfsprogramme aufgelegt

Die deutsche Wirtschaft mobilisiert bereits seit Kriegsbeginn in einer gemeinsamen Anstrengung verfügbare Kapazitäten, um schnell, zielgerichtet und unbürokratisch zu helfen. Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Der Ost-Ausschuss hat darüber hinaus ein Job-Portal zur Vermittlung ukrainischer Flüchtlinge in temporäre Beschäftigung initiiert, setzt sich für humanitäre Organisationen bei der Vermittlung von Wohnungen in Kooperation mit Rotary Deutschland ein und ruft gemeinsam mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum (DUF) und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) zu Spenden an die Johanniter Unfallhilfe auf.

Die vom Ost-Ausschuss initiierte Job-Börse bietet aktuell über 100 Stellen von knapp 80 Unternehmen an. Über 100 Ukrainerinnen und Ukrainer haben sich als arbeitssuchend gemeldet. Im Rahmen der Wohnungsvermittlung konnten in den vergangenen fünf Wochen über 310 Wohnplätze vermittelt. Der Bedarf, aber auch die Hilfsbereitschaft sind weiterhin groß. Aktuell stehen rund 400 angebotenen Wohnplätzen rund 460 Anfragen gegenüber, die durch das ehrenamtliche Projektteam von „Spaces for Ukrainian Refugees“ kontinuierlich vermittelt werden.

Die Ergebnisse der Erhebung finden Sie unten zum Download

Christian Himmighoffen

Leiter Presse und Kommunikation



Der Ost-Ausschuss fordert eine klare Perspektive für einen zukünftigen EU-Beitritt der Ukraine. Foto: Pixabay



Lasten von Krieg und Sanktionen gemeinsam schultern

Der russische Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen und Gegensanktionen stellen viele in Osteuropa engagierte deutsche Unternehmen vor existenzielle Herausforderungen.

Dies zeigt eine aktuelle Umfrage des Ost Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, an der sich im März fast 130 Unternehmen beteiligt haben. Mehr als die Hälfte davon sind sowohl in Russland als auch in der Ukraine und Belarus aktiv. Die gravierendste wirtschaftliche Folge ist die Einschränkung des Zahlungsverkehrs etwa infolge des Ausschlusses zahlreicher russischer Banken aus dem SWIFT-System. Drei Viertel der Befragten berichten hier von großen Problemen. Danach folgen Schwierigkeiten in Logistik und Lieferketten sowie Probleme durch die Rubel-Abwertung. Die Mehrzahl der befragten Unternehmen spürten bereits die Auswirkungen der zahlreichen Sanktionen. Um die erheblichen Belastungen der vor Ort aktiven Unternehmen etwas abzufedern, wären schnelle finanzielle Liquiditätshilfen der Bundesregierung wichtig, etwa in Form von Überbrückungskrediten und Ausgleichszahlungen.

„Wir unterstützen vorbehaltlos alle Sanktionen der internationalen Gemeinschaft, um diesen furchtbaren Krieg schnellstmöglich zu beenden“, sagt der Ost Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes. Für die von Krieg und Sanktionen betroffenen deutschen Unternehmen und deren Beschäftigte sollte aber kurzfristig Hilfe gewährt werden, um Härten abzumildern. Deutsche Unternehmen haben 25 Milliarden Euro direkt in Russland investiert, in der Ukraine kommen weitere 3,5 Milliarden Euro hinzu. „In Russland und Belarus engagierte deutsche Unternehmen stehen aktuell vor der Entscheidung, ihr Geschäft dort dauerhaft aufzugeben und damit sogar Gefahr zu laufen, entschädigungslos enteignet zu werden“, so Hermes. „In der Ukraine geht es gleichzeitig darum, die Produktion unter Kriegsbedingungen möglichst weiter aufrechtzuerhalten.“

„Wir brauchen eine starke und resiliente Wirtschaft“

Vor Ausbruch des Krieges lag das deutsche Handelsvolumen mit Russland, Belarus und der Ukraine bei zusammen knapp 70 Milliarden Euro jährlich. Hier seien massive Rückgänge beim deutschen Export zu befürchten. „Je schneller und unbürokratischer die Unternehmen im Notfall öffentliche Rückendeckung und Unterstützung erhalten, desto länger werden sie die Sanktions- und Kriegsfolgen ohne irreparable Schäden überstehen“, sagt Hermes. „Wir brauchen eine starke und resiliente Wirtschaft, um die Folgen von Coronakrise und Krieg zu überwinden und der Ukraine beim Wiederaufbau zu helfen.“

Um die wirtschaftlichen Folgen abzufedern und die Liquidität der Unternehmen zu erhalten, wünschen sich die befragten Firmen direkte finanzielle Hilfe von der Bundesregierung in Form von Überbrückungskrediten, Ausgleichszahlungen oder Fördermitteln. Darüber hinaus ist der Wunsch nach Bundesbürgschaften oder Akkreditiven, rechtlicher Beratung und Unterstützung sowie humanitärer Hilfe für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ländern ausgeprägt. „Insbesondere die deutschen Unternehmen in der Ukraine brauchen schnell Unterstützung, um unmittelbare Kriegsfolgen abzufedern und ihren Beschäftigten helfen zu können“, sagt Hermes. „Nur funktionierende Unternehmen können Steuern und Löhne bezahlen.“

Christian Himmighoffen

Leiter Presse und Kommunikation

An der Umfrage haben sich vom 11. bis zum 25. März 127 Unternehmen beteiligt. Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus bildeten die größte Gruppe, gefolgt von der Land- und Ernährungswirtschaft, dem Groß- und Einzelhandel, Beratungsunternehmen, Automobil- und chemischer Industrie, Gesundheitswesen, Bau und Bauwirtschaft und der Elektronik/Elektrotechnik. Die Verteilung entspricht in etwa der Aufstellung der gesamten deutschen Wirtschaft in den drei Ländern. Alle Ergebnisse im Detail finden Sie unter www.ost-ausschuss.de

~~Ost-Ausschuss~~-Treffen mit dem aserbaidshanischen Energie- Minister

Unter dem Motto „Azerbaijan beyond Oil and Gas“ trafen sich am 29. März am Rande des Berlin Energy Transition Dialogue Vertreter deutscher Unternehmen zu einem Arbeitsfrühstück mit Parviz Shahbazov, dem Minister für Energie der Republik Aserbaidshan.

Auf Einladung des Ost-Ausschusses und dem Bundesverband WindEnergie standen zwei wesentliche Aspekte im Vordergrund: zum einen die Rolle Aserbaidshans mit Blick auf die europäische Versorgungssicherheit bei Öl und Gas, zum anderen die Strategie des Landes zum Ausbau Erneuerbarer Energien und der Erzeugung von grünem Wasserstoff.

Ost-Ausschuss Regionaldirektor für Osteuropa Stefan Kägebein moderierte das Treffen gemeinsam mit Wolfram Axthelm, Geschäftsführer des Bundesverband WindEnergie. Energieminister Shahbazov unterstrich Aserbaidshans Möglichkeiten, zur europäischen Energiesicherheit beizutragen. Derzeit wird die Kapazität der Pipeline des Südlichen Gaskorridors voll ausgenutzt. Gleichzeitig wird gemeinsam mit internationalen Finanzinstitutionen darüber diskutiert, wann und wie die Kapazitäten ausgebaut werden könnten.

Trendwende zu Erneuerbaren

Für die Zukunft plane man auch, erneuerbare Energien strategisch zu entwickeln. Für die Trendwende sind bereits zahlreiche Maßnahmen beschlossen und in die Wege geleitet worden. So sollen bereits im Jahr 2030 etwa 30 Prozent der Stromerzeugung Aserbaidshans aus umweltfreundlichen Quellen, wie Solar- und Windparks kommen. Insgesamt sollen bis zu diesem Zeitpunkt etwa 1.500 Megawatt „grüne“ Stromleistung erzeugt werden. Der Schwerpunkt soll dabei auf der Entwicklung von On- und Offshore-Windkapazitäten liegen. Aber auch im Solarbereich ergeben sich erhebliche Potenziale. Perspektivisch soll auch die Anbindung über den Südlichen Gaskorridor für die Beimischung von Wasserstoff genutzt werden.

Rechtliche Rahmenbedingungen wurden bereits geändert oder sind Gegenstand von Diskussionsprozessen. Wichtig für den Standort Aserbaidshan, aber auch für Unternehmen, ist die Entwicklung der notwendigen energietechnischen Infrastruktur zur Produktion vor Ort sowie für den Export. Es laufen bereits drei größere Pilotprojekte im Umfang von knapp 750 Megawatt Windenergie. Rechtliche Rahmenbedingungen müssen im Dialog mit aserbaidshanischen und internationalen Akteuren weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang sind für Juni 2022 eine Reise und ein Forum zum Thema Grüne Energien und Nachhaltigkeit in Baku geplant.

Waldemar Herrmann

~~Presse- und Öffentlichkeitsarbeit~~

Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Energieminister Shahbazov (Mitte) im Gespräch mit deutschen Unternehmen
Foto: Ost-Ausschuss





Premier Gavrilita im Gespräch mit Mitgliedsunternehmen
Foto: Ost-Ausschuss

Matchmaking des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft läuft

Das Matchmaking der Shortlist-Kandidaten mit passenden Partnerunternehmen des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans ist im vollen Gange. Die ersten Stipendiatinnen und Stipendiaten wurden bereits ermittelt und dürfen sich über einen der begehrten Plätze der Generation 2022 freuen. Darüber hinaus standen im letzten Monat neben Treffen und verschiedenen Teambuildingaktivitäten der Alumniklubs in Kroatien und Kosovo zahlreiche Online-Events auf dem Programm. Unternehmen sind herzlich eingeladen, auch weiterhin spezifische Weiterbildungsangebote anzubieten.

Kontakt: Antje Müller a.mueller@oa-ev.de

Arbeitsfrühstück mit Moldaus Premierministerin Natalia Gavriļița

Energie, Agrarwirtschaft, Automotive – diese Themen standen im Mittelpunkt eines Arbeitsfrühstücks, das der Ost-Ausschuss und die German Agribusiness Alliance am 6. April mit der moldauische Premierministerin Natalia Gavriļița organisierten. Im Gespräch mit Mitgliedsunternehmen beschrieben Gavrilita, ihr Stellvertreter und weitere Kabinettsmitglieder die enormen Kraftanstrengungen ihres Landes angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine. Aktuell halten sich noch 100.000 ukrainische Flüchtlinge in Moldau auf. Deutschland hat angeboten, 2.500 von ihnen auszufliegen. An dieser Hilfsaktion beteiligen sich auch deutsche Unternehmen. Zentrales Thema der Runde im Berlin Capital Club unter der Leitung von Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms waren die Möglichkeiten, Moldau noch näher an die Europäische Union heranzuführen.

Delegationsreise nach Kroatien

Am 29. März organisierte der Ost-Ausschuss einen Arbeitsbesuch in Zagreb. Die von Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms geleitete Delegation traf dort mit Premierminister Andrej Plenkovic sowie weiteren Regierungsvertretern zusammen. Ziel dieses Besuches war es, in Gesprächen vor Ort aktuelle Themen und Kooperationsperspektiven der deutsch-kroatischen Wirtschaftszusammenarbeit zu ermitteln. Besonders die Digitalisierung und die Umsetzung des Europäischen Green Deal sind von hoher Relevanz. Im Gespräch mit Premier Plenkovic, an dem neben Wirtschaftsminister Tomislav Coric auch Außenminister Gordan Grlic-Radman teilnahmen, ergab sich ein intensiver Austausch auch über die wirtschaftlichen Herausforderungen angesichts des Krieges Russlands gegen die Ukraine.

Kirgisischer Außenminister zu Besuch

Am 28. März begrüßte Geschäftsführer Michael Harms den Außenminister der Kirgisischen Republik Ruslan Kasakbajew zu einem Runden Tisch mit deutschen Unternehmensvertretern im Ost-Ausschuss. Im Mittelpunkt des Austausches standen die Themen Agrarwirtschaft, IT, Tourismus, Gesundheitswirtschaft und Logistik. Im Juni ist gemeinsam mit der AHK Zentralasien ein Business-Forum in Bischkek geplant. Die EBRD erwartet für 2022 aufgrund des Krieges gegen die Ukraine einen deutlichen Wachstumsrückgang auf ein Prozent in dem zentralasiatischen Land. Im kommenden Jahr soll die Wirtschaft wieder um vier Prozent wachsen. 2021 wuchs der deutsche Handel mit Kirgisistan um 13,1 Prozent auf 66 Millionen Euro.

Der Ost-Ausschuss hat im März 2022 fünf neue Mitgliedsunternehmen aufgenommen, die wir herzlich begrüßen:

- Becker Büttner Held Rechtsanwälte
Wirtschaftsprüfer Steuerberater
PartGmbH
- Bietmann Rechtsanwälte
Steuerberater PartmbB
- Carl Zeiss Jena GmbH
- Joachim Goldbeck Holding GmbH
- Rock Tech Consulting GmbH